



AKTIONSWOCHE: SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHE RAUS AUS DEM STRAFGESETZBUCH

2024 ist ein wichtiges Jahr. Aktuell gibt es eine Chance, dass das Beenden einer Schwangerschaft in Deutschland endlich rechtmäßig wird – und nicht nur unter bestimmten Bedingungen straffrei bleibt. **Nach über 150 Jahren wäre das ein historischer Moment für die Gleichberechtigung!**

Vor wenigen Monaten kamen die von verschiedenen deutschen Regierungen eingesetzte Expert*innen zum gleichen Schluss: **Schwangerschaftsabbrüche gehören nicht ins Strafgesetzbuch.** Die Politik muss jetzt handeln!

Damit diese Vision Wirklichkeit wird, braucht es dich! In den vergangenen Wochen haben sich mehr und mehr Expert*innen, Frauenrechtsorganisationen und viele Menschen mehr öffentlich dafür ausgesprochen, Schwangerschaftsabbrüche aus dem Strafgesetz zu streichen. **Doch noch immer handelt die Politik nicht.**

Zwischen dem 21. und 28. September ruft das "Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung" unter dem Motto „Legal, einfach, fair – für eine Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs in Deutschland!“ zu einer **Aktionswoche** auf. Auch Amnesty wird sich daran beteiligen. Wir wollen in diesem Zeitraum mit möglichst vielen Aktionen das wichtige Thema und die historische politische Chance sichtbar machen!

Und auch im Anschluss an die Aktionswoche ist dein Engagement in den kommenden Wochen und Monaten wichtig! Alle aktuellen Infos findest du auch [im Intranet!](#)

Danke für deinen Einsatz

Deine Kogruppe Menschenrechtsverletzungen an Frauen (MaF) und das Team im SdS



DAS KANNST DU TUN

1. POLITIKER*INNEN KONTAKTIEREN

Wir wollen Politiker*innen dazu auffordern, ihre historische Chance zu nutzen und § 218 zu streichen. **Dafür sprechen wir Mitglieder des Deutschen Bundestages lokal in ihren Wahlkreisen an.** Sie müssen jetzt für Gerechtigkeit und Gleichberechtigung eintreten.

Schreibe jetzt an deine Bundestagsabgeordneten. Und so geht es:

1. Finde heraus, wer für deinen Wahlkreis im Bundestag sitzt. Das steht hier: <https://www.bundestag.de/abgeordnete/wahlkreise/>



2. **Adressiere die Briefe** (Vorlage im Intranet) **oder Postkarten** ([Webshop](#)) **an deine Abgeordneten**. Die Adresse findest du mit einem Klick auf die Abgeordneten auf der oben genannten Seite. Frankiere die Karten und versende diese per Post oder bringe die Karten direkt in den Wahlkreisbüros vorbei.
3. **Spreche mit deinen Freund*innen und deiner Familie über das Thema**. Frage sie, ob sie auch mitmachen wollen.

2. BETEILIGE DICH AN GEMEINSAMEN AKTIONEN UND VERANSTALTUNGEN

Setze dich gerne in **Kontakt mit der lokalen Gruppe des Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung in deiner Stadt**, um gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen. [Hier](#) findest du, an welchen Orten bereits Aktionen geplant sind und kannst herausfinden, wie die Organisator*innen zu erreichen sind. Du kannst auch deine eigene Aktion eintragen, damit das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung darauf aufmerksam machen kann: <https://forms.gle/MEA6Ebb4tJp5uiba9>

Neben den Beratungsstellen rund um Schwangerschaft von pro familia hat die Organisation auch das Netzwerk "**pro familia in action**" (**pia**), das du kontaktieren kannst, wenn du zusammen mit anderen in der Aktionswoche und darüber hinaus aktiv werden willst. [Hier](#) findest du Informationen und Kontaktdaten.

3. ABREIßZETTEL

Zusätzlich zu den Postkarten gibt es auch Abreißzettel, die du in Supermärkten, Universitäten, Volkshochschulen und/ oder Sportvereinen auf dem schwarzen Brett aufhängen kannst. Bring damit das Thema ins Gespräch!

Den Zettel kannst du bald hier runterladen und selbst ausdrucken. Mit dem Abreißzettel können sich Menschen ein Aktionspaket bestellen. Darin finden sie Leporello, Sticker und Postkarten.

4. ONLINE-BETEILIGUNG

Wir als Amnesty bieten derzeit mit unserer Postkarte eine analoge Beteiligungsmöglichkeit an. Wer sich an die Abgeordneten lieber digital wenden möchte, kann dies über die Plattform innit [hier](#) tun oder eine [Petition](#) an die zuständigen Bundesminister

5. FILMSCREENING "CALL JANE"

Der Spielfilm "[Call Jane](#)" erzählt von der Situation der Frauen mit ungewollten oder gefährlichen Schwangerschaften in den USA in den 1960er Jahren.

Du kannst den Film ganz einfach über den [Amnesty Filmverleih](#) ausleihen und eine Filmvorführung mit anschließender Diskussion organisieren. Frag lokal die pro familia Beratungsstelle an, ob sie mit euch diskutiert und/ oder lade die Kogruppe Menschenrechtsverletzungen an Frauen (MaF) dazu ein. Auch bei dieser Aktion kannst du die Postkarten verteilen .

Den Link zum deutschen Trailer findest du [hier](#).

6. KINOESUCH "FEMINISM WTF"

Der Dokumentarfilm "Feminism WTF" ist zwar schon Anfang 2024 rausgekommen, läuft jedoch an [bestimmten Terminen](#) immer noch in ausgewählten Kinos. Auch dieser Film wäre passend für eine Diskussionsrunde mit pro familia und/ oder der Kogruppe.

In dem Dokumentarfilm wird aufgeschlüsselt welche Themenvielfalt 2023 unter dem Begriff Feminismus verhandelt werden. Die Experten aus Politik- und Sozialwissenschaften, Männlichkeitsforschung, Gender-, Queer- und Trans-Studies gehen der Frage nach, wie wir alle zum Aufbrechen von Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen beitragen können, um eine solidarische Gesellschaft der Vielen zu sein. Dabei geht es um viele aktuelle Debatten: Warum sprechen wir immer von nur zwei Geschlechtern? Warum müssen Frauen* den Großteil der unbezahlten Haus- und Kindererziehungsarbeit machen? Warum sind Kapitalismus und Feminismus ein Widerspruch? Was hat der europäische Kolonialismus mit den heutigen Ideen von sexueller Freiheit und rassistischen Stereotypen zu tun? Wieso brauchen wir Feminismus, um das Klima zu retten? Und warum engagieren sich eigentlich so wenige Männer für den Feminismus?

Den Link zum Trailer findest du [hier](#).

MATERIALIEN

Bitte bestelle deine Materialien über den Webshop! Das Aktionspaket ist für Menschen gedacht, die keine Mitglieder sind und sich engagieren wollen. Der Einzelversand als Aktionspaket ist für Amnesty aber deutlich teurer.

Postkarte – über den Webshop



AMNESTY
INTERNATIONAL

Bitte setzen Sie sich für eine gleichberechtigte Gesellschaft ein, in der niemand Schwangeren nicht dazu zwingen werden, sich für eine Schwangerschaft zu entscheiden.

Die Vereinten Nationen und Expertinnen in Deutschland haben es klar formuliert: Schwangerschaftsabbrüche gehören nicht ins Strafrechtbuch.

Bitte setzen Sie sich für eine gleichberechtigte Gesellschaft ein, in der niemand Schwangeren nicht dazu zwingen werden, sich für eine Schwangerschaft zu entscheiden.

Leporello – über den Webshop



Sticker – über den Webshop



Briefvorlage – im Intranet

Abreißzettel – bald im Intranet

Factsheet – im Intranet

Q&A – im Intranet

HINTERGRUND

Die Gründe, warum sich Menschen für eine Beendigung ihrer Schwangerschaft entscheiden, sind vielfältig. Jede Person soll das Recht haben, eine verantwortungsvolle Familienplanung gestalten zu dürfen. Dafür braucht es gesellschaftliche Rahmenbedingungen: gute Gesundheitsversorgung für alle, soziale Sicherheit und Autonomie über den eigenen Körper. Das ist mit reproduktiver Gerechtigkeit gemeint.

Ob eine Person eine Schwangerschaft austragen wird, bestimmt in vielen Ländern der Welt die Schwangere. In Frankreich hat die Freiheit zum Schwangerschaftsabbruch sogar Verfassungsrang. Nicht so in Deutschland. Hier ist es seit dem Jahr 1871 grundsätzlich verboten, eine Schwangerschaft zu beenden.

Wer eine faire und gleichberechtigte Gesellschaft will, darf Menschen nicht entmündigen, sobald sie schwanger werden. Eine Schwangerschaft sicher beenden zu dürfen, ist ein Menschenrecht.

Weltweit und auch in Deutschland befürworten sehr viele Menschen das Recht auf einen sicheren Schwangerschaftsabbruch und setzen sich dafür ein, dass dieser erlaubt ist. Doch die Stimmen der Kritiker*innen sind laut. Menschen, die ihre Schwangerschaft beenden, werden stigmatisiert, manchmal sogar öffentlich angefeindet und belästigt. Fehlinformationen über Schwangerschaftsabbrüche sind weit verbreitet oder werden gezielt gestreut.

Diese Debatte wird von einigen gezielt ausgenutzt. Auch Menschenrechtsgegner*innen haben das Thema Abtreibung weit oben auf ihrer Agenda stehen. Ihnen geht es nicht um Gerechtigkeit, sondern darum, traditionelle Rollenbilder zu zementieren, das Machtgefüge zwischen den Geschlechtern zu erhalten und Frauen zu kontrollieren. Das Abtreibungsverbot stammt aus einer Zeit, in der Frauen keine Entscheidungen über ihr eigenes Leben treffen durften: Sie hatten weder das Wahlrecht noch die Kontrolle über ihren eigenen Körper/noch konnten sie über ihren eigenen Körper bestimmen. Bis heute wird ihnen dieses Recht verwehrt/abgesprochen. Es ist an der Zeit, das endlich zu ändern